

Lettland

Karlis Bukovskis*

Das politische Tagesgeschäft in Lettland hat sich im vergangenen Jahr auf die nationalen Wahlen im Oktober 2018 und die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 konzentriert. Die Außenpolitik wurde von der Hundertjahrfeier der Unabhängigkeit Lettlands im November 2018 dominiert. Trotz großer Sorgen bezüglich der möglichen Ergebnisse der Wahlen und des verlängerten Regierungsbildungsprozesses positioniert sich der kleine baltische Staat weiterhin als verlässlicher Partner an der östlichen Grenze der sogenannten westlichen Zivilisation. Die Stärkung der Beziehungen zur NATO und zu den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) war einer der zentralen Sicherheitsbelange. Der gemeinschaftliche Kurs gegenüber der Europäischen Union bleibt weiterhin stark.

Innenpolitisch dominierten die nationalen Parlamentswahlen (Saeima) und die anschließend langwierige Regierungsbildung. Sieben Parteien überwand die 5-Prozent-Hürde und viereinhalb Parteien bildeten die nun regierende Koalition. Von den sieben Parteien wurden drei erst zwei Jahre vor der Wahl gegründet. Der traditionelle Trend der Parteiengründung kurz vor Wahlen und des anschließenden Parteiwechsels von Politikern setzt sich also fort, ebenso wie die Ausgrenzung der prorussischen Partei „Harmony“ von der Regierungsbildung, obwohl sie die meisten Sitze gewann. Da alle sieben Parteien zwischen acht und 22 Sitze in dem Parlament mit 100 Sitzen haben, bestehen viele Koalitionsoptionen. Nach dem fast dreimonatigen Regierungsbildungsprozess wurde Krisjanis Karins von der Partei „Neue Einheit“, ein langjähriges Mitglied im Europäischen Parlament, Premierminister.

Die Partei „Neue Einheit“ ist Teil der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) und war bei den Europawahlen mit den meisten Wählerstimmen und zwei von acht Lettland zustehenden Sitzen erfolgreich. Ebenfalls zwei Sitze erhielt die Partei „Harmony“, während vier weitere Parteien jeweils einen Sitz gewannen. Die Wahlergebnisse zeigen, wie stark die lettischen Wähler Europaskeptizismus und Anti-EU-Ideen ablehnen: Unter den gewählten Abgeordneten vertritt einer eine intergouvernementalistische Haltung, mindestens vier nehmen eine starke pro-föderalistische Position in Bezug auf die Zukunft der Europäischen Union ein. Gleichzeitig war die Wahlbeteiligung nur um 3,3 Prozentpunkte höher als bei den Europawahlen 2014 und dazu mit 33,5 Prozent extrem niedrig.

Die Europawahlen haben zwei neue politische Entwicklungen in Lettland gezeigt. Erstens waren Wahlprogramme und -rhetorik zum ersten Mal von EU-Themen dominiert anstatt von nationalen Angelegenheiten. Trotzdem unterschieden sich die Wahlprogramme hinsichtlich programmatischer Tiefe. Der zweite Trend zeigte eine höhere Diskussionsqualität in der Debatte zwischen den Kandidaten. Dies begründet sich damit, dass sich 15 Jahre nach dem EU-Beitritt eine neue Generation von Politikern entwickelt hat, die Regierungs- oder akademische Erfahrung in Bezug auf EU-Themen hat.

Anfang Juni 2019 wurde in Lettland auch ein neuer Präsident gewählt, der ehemalige Richter am Europäischen Gerichtshof, Diplomat, Justizminister und Richter am Europäi-

* Übersetzt aus dem Englischen von Nina Regenhardt und Jana Schubert.

schen Gerichtshof für Menschenrechte Egil Levits. Es war das erste Mal – nach einer Verfassungsänderung 2018 –, dass die Saeima in einer offenen Wahl über den Präsidenten abstimmte. 61 Abgeordnete stimmten für und 32 gegen Levits. Dieser wird den pro-westlichen, pro-EU- und pro-NATO-Kurs fortführen und hierbei dank seiner internationalen Erfahrung ein sehr viel aktiverer Präsident sein können als seine beiden Vorgänger.

In der Außenpolitik waren, neben den konstant präsenten Sicherheits- und Verteidigungsthemen, die lettischen EU-Interessen größtenteils auf den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 fokussiert. Lettland war bislang Nettoempfänger von Fördermitteln aus dem Europäischen Struktur- und Investmentfonds und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). In weniger als 15 Jahren seiner EU-Mitgliedschaft hat das Land etwa 10,5 Mrd. Euro EU-Gelder in seine Wirtschaft investiert. Im Vergleich beläuft sich der lettische Staatshaushalt 2019 auf knapp über 9 Mrd. Euro. Die geschätzte Wertschöpfung der Länderfinanzrahmen während der Absorptionsjahre beträgt 1,5 bis 2 Prozent des zusätzlichen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts (BIP). So unternahm Lettland während der MFR-Verhandlungen Anstrengungen, die Länderfinanzrahmen auf dem Niveau der vorigen MFR zu halten, da das lettische Pro-Kopf-BIP etwa ein Drittel geringer ausfällt als der EU-Durchschnitt. Neben der Kohäsionsfinanzierung ist Lettlands größtes Anliegen die ungleiche Verteilung der GAP-Zahlungen, die um mehr als ein Viertel niedriger sind als im Rest der Europäischen Union. Gleichzeitig unterstützt Lettland eine Anhebung der mitgliedstaatlichen Beitragszahlungen in den EU-Haushalt. Zudem wird über eine Minderung der Abhängigkeit der lettischen Wirtschaft von „Kohäsionsmitteln“ und eine verstärkte Zusammenarbeit lettischer Unternehmen, Universitäten und anderer Einheiten mit EU-Partnern diskutiert. Eine größere Beteiligung an den EU-Programmen „Horizon Europe“ und „Connecting Europe“ gilt als der nächste logische und notwendige Schritt.

Auch die Verhandlungen über den britischen EU-Austritt wurden in der lettischen Außenpolitik intensiv diskutiert. Da mehr als 70.000¹ lettische Bürger und aus der ehemaligen Sowjetunion Immigrierte im Vereinigten Königreich arbeiten und leben und etwa 1.000 britische Bürger in Lettland leben, ist das Thema sehr aktuell. Im Februar 2019 verabschiedete die Saeima eine Erklärung, die den Briten in Lettland auch nach dem britischen EU-Austritt die gleichen Rechte gewährt. Damit wurde die politische, wirtschaftliche und besonders die militärische Bedeutung des Vereinigten Königreichs in der Region unterstrichen und ein ähnlicher Umgang mit lettischen Bürgern im Vereinigten Königreich eingefordert. Insgesamt unterstützt Lettland weiterhin die Europäische Kommission in den Austrittsverhandlungen, respektiert die britische Entscheidung und ist betrübt über die britischen Austrittspläne.

Schlussendlich betonte der kanadische Premierminister Justin Trudeau bei seinem Besuch im Juli 2018 das sicherheits- und geopolitische Interesse Kanadas in Europa. So wurde die Anzahl kanadischer Truppen in Lettland von 455 auf 540 erhöht, sodass die gesamte NATO-Präsenz bis März 2023 auf ungefähr 1400 Truppen ansteigt.

Weiterführende Literatur

Andris Spruds/Elizabete Vizgunova/Sintija Broka (Hrsg.): *Latvian Foreign and Security Policy Yearbook 2019*, Riga 2019.

Vineta Kleinberga/Karlis Bukovskis: *The post-2020 budget of the European Union: Latvia's interests and opportunities*, Riga 2018.

1 Unicef: *MIGRATION PROFILES*. Part I. Global legal instruments related to international migration, 2015.